

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische «Trends» zwischen Wunschenken und Realität

Wie immer im Vorfeld eidgenössischer Wahlen sind auch in diesem Frühling die Auguren bereits eifrig am Werk. Innerhalb der Parteien bemühen sich die Wahlstrategen darum, allfällige Schwachstellen beim Gegner wie in den eigenen Reihen ausfindig zu machen und entsprechende Regieanweisungen zu geben. Und in der Öffentlichkeit bieten vor allem kantonale Wahlgänge Anlass zu Spekulationen über die «Trends».

In diesem Frühjahr fanden in fünf Kantonen Parlamentswahlen statt. Darüber hinaus ergaben sich in den Genfer Kommunalwahlen Resultate, die gesamtschweizerisches Aufsehen erregten. Durchgehendes Merkmal sind zunächst Wählerverluste der Sozialdemokraten zwischen 0,3 (Tessin) und 5,2 Prozent (Zürich). Leichte Einbussen hatten auch die FDP (zwischen 0,06 und 1,8 Prozent) sowie in zwei von drei Kantonen die SVP (0,4 bzw. 1,5 Prozent) zu verzeichnen. Die CVP verlor in zwei und gewann in drei Wahlgängen leicht an Terrain.

Nimmt man sämtliche kantonalen Wahlen der letzten fünf Jahre, so ergibt sich ein etwas anderes Bild. Zwar ist auch diese Bilanz für die SP ungünstig. Sie kommt in 12 Kantonen auf insgesamt 29 Mandatsverluste, weist aber immerhin in acht Kantonen auch Gewinne aus. Für die FDP ergaben sich in 16 Ständen über 30 zusätzliche Mandate, in 5 Kantonen kam es zu Verlusten. Die SVP, die nur in 12

Ständen präsent ist, war in 6 Kantonen im Vormarsch und verlor in zweien Terrain. Die CVP schliesslich hat eine ausgeglichene Bilanz (je 11 Kantone mit Gewinnen und Verlusten).

Was kann für die Bundesratsparteien aus all dem abgeleitet werden? Wer in den letzten Wochen in die Medienlandschaft horchte, hörte vor allem *ein* Leitmotiv heraus: Der Siegeszug der bürgerlichen Parteien sei mit den Frühlingwahlen 1983 gestoppt worden. Nun ist es mehr als verständlich, dass gerade der weitverbreitete «linke Medienverbund» in unserem Land, der die politischen Kolumnen vieler «neutralen» Zeitungen beherrscht und auch in den einschlägigen Sparten der Monopolmedien stark vertreten ist, besonders hellhörig auf Trendmeldungen ist, welche die Schwierigkeiten der SP etwas zu relativieren scheinen.

Indessen muss beachtet werden, dass es äusserst schwerfällt, auf Grund einzelner kantonalen Wahlgänge gesamtschweizerische Trends auszumachen. So gab es auch in der Phase der bürgerlichen Grossefolge Ende der siebziger und anfangs der achtziger Jahre Kantone, in denen die SP Sitze gewann und die FDP Mandate verlor. Und was die Wahlen dieses Frühjahrs betrifft, so liegen die Dinge von Kanton zu Kanton völlig verschieden.

In Graubünden wird auch das Parlament nach dem Majorzsystem gewählt, wobei die Resultate weniger

durch Parteitrends, als vielmehr durch die personellen Konstellationen in den einzelnen Bezirken geprägt werden. Im Kanton Luzern haben alle Regierungsparteien von links bis rechts leicht Terrain eingebüsst. Im Kanton Tessin ergaben sich minimale Schwankungen in den Wähleranteilen, ohne dass Tendenzen fassbar gewesen wären. Im Kanton Baselland machte die CVP Terrain gut, während FDP sowie SVP einen leichten Rückgang in Kauf zu nehmen hatten und die SP eine klare Schlappe erlitt.

Und wie soll im übrigen das Resultat der Zürcher Freisinnigen gewichtet werden, die 1971 noch mit einem Bestand von 29 Kantonsräten in den Kampf stiegen und dreimal hintereinander grosse Fortschritte erzielten, zuletzt 1979 mit nicht weniger als 8 Mandatsgewinnen? Sie zogen in diesem Frühjahr mit dem Ziel in den Kampf, ihre 51 Sitze, darunter 5 Restmandate vom letztenmal, zu stabilisieren. Das gelang ihnen. Infolge der bevölkerungsmässig bedingten Mandatsverschiebungen von der Stadt aufs Land verloren sie in Zürich 3 Sitze, obwohl ihr Wähleranteil deutlich an-

gestiegen war. Insgesamt gewannen sie nochmals ein Mandat hinzu, und mit etwas Proporzglück hätten es auch zwei oder drei sein können. Kann hier tatsächlich von Stagnation gesprochen werden, die zudem als signifikant für die eidgenössischen Wahlchancen des Bürgertums überhaupt zu interpretieren wäre?

In Tat und Wahrheit ergeben die letzten vier Jahre kein einheitliches Bild. Es bedarf in jedem Einzelfall der Interpretation. Und erst nach dem eidgenössischen Wahltag selbst wird man einigermassen Bescheid über die vielzitierten «Trends» wissen – mit einer Ausnahme allerdings. Die Wahlergebnisse der letzten zwölf Monate haben ergeben, dass die Überfremdungsparteien wieder vermehrt Chancen haben und dass auch hierzulande neuerdings mit «grünen» Parlamentariern zu rechnen ist. Der grosse Erfolg der «Vigilants» in Genf gehört ebenfalls in diese Landschaft. Offen bleibt vorläufig die Frage, ob es auch auf eidgenössischer Ebene vor allem die Sozialdemokraten sein werden, die dabei Wähler abgeben müssen.

Richard Reich

«Good news»

Die Inflation hat bekanntlich verschiedene Tücken, unter anderem die, dass sie dem Steuerzahler bei progressiv ausgestalteten Einkommenssteuern eine real ständig *wachsende* Bürde auferlegt. Der Fiskus kassiert Einnahmen, für die es keine gesetzlichen Grundlagen gibt. Sie werden ihm

durch einen «Mechanismus» in die Kasse gespült, dem das Odium der Widerrechtlichkeit anhaftet. Die ursprünglich vom Gesetzgeber festgelegten Belastungsproportionen als Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler wird verzerrt. Diese Mehreinnahmen schlagen

kräftig zu Buche; im Falle der direkten Bundessteuer betragen sie jährlich rund 800 Millionen Franken, summieren sich also über die Jahre hinweg in Milliardenbeträge.

In Absatz 5 von Art. 41^{ter} BV ist zu lesen, dass die kalte Progression auf der Einkommenssteuer natürlicher Personen *periodisch auszugleichen* sei. Dieser Verfassungsauftrag bezieht sich auf die direkte Bundessteuer und richtet sich an den Gesetzgeber, also an das Parlament. Aber sowohl die eidgenössischen Räte wie auch der Bundesrat haben sich in der Erfüllung dieses Auftrages schwergetan. Obwohl er unmissverständlich und in der Deutung der Staatsrechtler klar ist, wurde er im Parlament stets als politisch *kompromissfähig* betrachtet.

Eine Volksinitiative, die am 25. Mai 1982 angekündigt worden war und inzwischen zustande gekommen ist, hat die parlamentarisch schleppende Behandlung dieses Geschäftes beschleunigt. Ende des letzten Jahres veröffentlichte der Bundesrat eine Botschaft zu diesem Problem, und die ständerätliche Kommission hat bereits bedeut-

same Weichenstellungen vorgenommen. Sie hat nämlich die bundesrätliche Ausgleichsvariante in wesentlichen Bereichen in die Nähe der Vorstellungen, wie sie in der Volksinitiative enthalten sind, geschoben und damit deutlich gemacht, dass sie für eine *Erfüllung des Verfassungsauftrages* und für eine Beendigung des eher makabern politischen Spiels eintritt: der Ausgleich soll künftig *automatisch* erfolgen, wenn die Inflation in der zweijährigen Veranlagungsperiode die Schwelle von 5 % überschreitet.

Das ist «good news»; und dies um so mehr, als hier ein Geschäft vorzuliegen scheint, bei dem für einmal die grossen politischen Parteien im Gleichschritt marschieren. Meinungsverschiedenheiten bestehen offenbar noch bei der Frage der Kompensation der für den Bund entstehenden Einnahmehausfälle. Ist eine automatische Kompensation sinnvoll? Wohl kaum, weil sonst kein Ausgleich der kalten Progression, sondern einfach eine Belastungsverschiebung resultieren würde.

Willy Linder

Die Räuberpistole

«Ich schäme mich» hatte STERN-Herausgeber Henri Nannen mit Recht gesagt, als die in Material wie Sprache erstaunlich plumpe Fälschung von Hitlers angeblichem Tagebuch vom Bundesarchiv in Koblenz – nur unter starkem Druck hatte sich der Verlag der auflagestärksten Illustrierten entschlossen, einen Teil der «Tagebücher» zur Prüfung einzureichen – einwand-

frei in kurzer Zeit nachgewiesen wurde. Doch diese Scham war von kurzer Dauer. In der Ausgabe vom 11. Mai schreibt der gleiche Mann: «Die Schadenfreude und der Hohn, mit denen Besserwisser, Neider und Gegner den STERN überschütten, treffen mich nicht.»

Sie haben ihn allerdings nicht getroffen, denn er klebt an seinem Stuhl,

während zwei Chefredaktoren die Konsequenzen gezogen haben. Der Ausdruck «Besserwisser» ist in diesem Fall nicht so abwertend, wie er gemeint ist, denn jene zahlreichen Kenner, die – zum Teil auch rechtzeitig – vor diesem auf fünfzehn Monate gedehnten «Coup» gewarnt hatten, wussten es tatsächlich besser; und die weltweite Beschämung eines so verbreiteten Blattes hat mehr Trauer als Schadenfreude ausgelöst – wenigstens soweit es nicht direkte Konkurrenten betrifft. Wer aus diesem in Scherben zerborstenen Glashauss noch Steine wirft, hat wahrhaftig keine Scham im Leibe.

Zweischneidig ist noch ein Satz in dieser Erklärung «in eigener Sache»: «Wer glaubt, es lohne sich, seine Leser für dumm zu verkaufen, der versteht nichts vom journalistischen Geschäft.» Für was sonst hat Nannen sie verkauft, bzw. ihnen das angebliche Dokument verkauft, um dessentwegen die Geschichte des Dritten Reichs neu zu schreiben sei?

Der STERN, das soll hier festgehalten werden, ist weit besser als die anderen deutschen Wochenillustrierten und hat Serien wie jene von den verbrannten Dichtern (Autor Serke) veröffentlicht, die wichtig und gut geschrieben waren. Dieses Blatt hatte trotz mancher, ja vieler Fragwürdigkeiten tatsächlich einen Ruf zu verlieren und hat das mit einer blinden Vehemenz zustandegebracht, die ebenso unverständlich bleibt, wie Präsident Nixons auf Band aufgenommene Äusserungen, die ihn zum Rücktritt zwangen.

Zu behaupten – auch das bringt Nannen fertig –, dass es in 35 Jahren «der erste Fall dieser Art» sei, heisst freilich mit der Unaufmerksamkeit

oder Vergesslichkeit der Leser rechnen, auf die in der Tat oft Verlass ist. Denn die Reportage über den «Grossgrundbesitzer Solschenitzyn» war tendenziöse Verfälschung und gezielte Diffamierung.

Damals war das Interesse klar. Ob sich bei den Tagebüchern des Führers entsprechende Mutmassungen bestätigen werden? Die deutsche nazistische Wochenzeitung hat allerdings diese Veröffentlichung jubelnd begrüsst und die zweifelnden Historiker – faktisch alle, denn Irvings Meinungswechsel hatte kein Gewicht – geschmäht. Auch sie, lauter «Neider»! Doch das gleiche hatte Henri Nannen getan, der zwischen «Historikern» – solche die an die Echtheit glaubten (doch wer war das schliesslich?) – und «Pseudohistorikern» unterschied «wie zwischen Ärzten und Quacksalbern». Er hat persönlich Kritiker, die Fragen stellten, angeflegelt. Und jetzt, wo sie recht behalten haben, sind es «Gegner des STERN» – was sie jedoch zuvor niemals manifestiert haben. Sie wurden es erst wegen der Fälschung und der Umstände dieser Publikation.

Die italienische Wochenzeitung «Panorama», die ebenfalls die Tagebücher gekauft hatte, begründete es mit dem Hinweis auf das Prestige des STERN, das ein solches Organ niemals leichtfertig aufs Spiel setzen würde.

Einst hatte gerade der STERN eine brillante Rubrik Sprachkritik. Wenn in dieser Redaktion noch irgend jemand mit einem Ohr für Sprache vorhanden gewesen wäre, hätte er die Fälschung an der Wortwahl erkannt. Wendungen wie «Ich habe Mist gebaut» – «und/oder» waren vor 1945 unbekannt; es fanden sich manche sol-

cher Art. Das wurde von Lesern bemerkt, aber nicht von den Verantwortlichen eines Blattes, das Forscherheit für Forschung ausgab.

Über einigen Leserbriefen zu anderen Themen in der genannten «Nach-

Hitler-Ausgabe» steht der Titel «Informations-Müll». Er wäre für Herausgeber Nannens Kommentar passend gewesen, denn er trifft sowohl den Tatbestand wie seine Stellungnahme selber.

François Bondy



ATAG

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung

Allgemeine
Treuhand AG